



Gemeinsam gegen Rationierung

Die Pläne der Bundesregierung zur Gesundheitsreform 2000 bedeuten den Einstieg in die Zuteilungsmedizin. Erstmals wehren sich die im Gesundheitswesen Tätigen im „Bündnis Gesundheit 2000“ gemeinsam gegen die verfehlte Kostendämpfungspolitik.

Die Beratungen über die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform 2000 befinden sich in ihrer entscheidenden Phase. Bleibt es bei den bisherigen Plänen, wird – vor allem wegen des geplanten Globalbudgets – eine Rationierung von Gesundheitsleistungen für unsere Patientinnen und Patienten unausweichlich sein.

Dies würde eine weitere schwere Belastungsprobe für das Patient-Arzt-Verhältnis mit sich bringen. Schon deshalb müssen wir Ärztinnen und Ärzte entschieden für mehr Vernunft in der Gesundheitspolitik eintreten. Ihre Ärztekammer hat auf Bundes- und Landesebene den Dialog mit den verantwortlichen Politikern gesucht, um Verbesserungen des vorliegenden Gesetzentwurfes zu erreichen.

Bis Mitte September zeichneten sich nennenswerte Änderungen konkret noch nicht ab. Dies hält uns aber keineswegs davon ab, weiter auf Dialog zu setzen und während der gesamten parlamentarischen Beratungen Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit im politischen Raum zu leisten.

Gleichzeitig gilt es, die Öffentlichkeit verstärkt über die drohenden Gefahren zu informieren. Zu diesem Zweck haben sich die ärztlichen Körperschaften und die fachübergreifenden ärztlichen Berufsverbände mit einer Vielzahl weiterer Gesundheitsberufe auf Bundes- und Landesebene – auch bei uns in Nordrhein-Westfalen – zum „Bündnis Gesundheit 2000“ zusammengeschlossen.

An dem nordrhein-westfälischen Bündnis beteiligen sich derzeit 31 Organisationen, die über 140.000 Mitglieder vertreten und die nahezu 800.000 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen repräsentieren. Die gemeinsame Forderung dieses Bündnisses, das bisher in der Geschichte des bundesdeutschen Gesundheitswesens einmalig ist, lautet: Stoppt die Gesundheitsreform 2000!

Es ist zu befürchten, daß das von der Bundesregierung geplante Globalbudget – dahinter verbirgt sich im Kern eine Koppelung der Ausgaben an die Veränderung der Löhne und Gehälter – vor allem die besonders Schutzbedürftigen, nämlich die chronisch Kranken und Schwerkranken, treffen wird. Denn auf Dauer wird der medizinische Fortschritt auch bei optimaler Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten unter

dem Budget nicht zu finanzieren sein. Wir fordern deshalb eine Flexibilisierung des Budgets, damit der medizinische Fortschritt auch noch in Zukunft der breiten Masse der Bevölkerung zugänglich gemacht werden kann. Die Behandlung beispielsweise von Diabetikern, Krebskranken oder Aidskranken muß auch künftig nach dem neuesten Stand der Medizin und unabhängig vom Einkommen des Patienten stattfinden können.

Die Bündnispartner sind sich einig in ihrer Einschätzung, daß eine Verwirklichung der Bonn-Berliner Gesetzespläne Qualitätseinbrüche in der medizinischen und pflegerischen Versorgung, eine Gefährdung des Wachstumsmarktes Gesundheitswesens und den Verlust einer Vielzahl von Arbeitsplätzen bewirken würde.

Darüber hinaus befürchten die Gesundheitsberufe eine Demotivation der Beschäftigten und eine einseitige Machtverlagerung zugunsten der Krankenkassen. In ihren vertrauenszerstörenden Auswirkungen noch viel zu wenig beachtet sind die Pläne, nach denen die Krankenkassen künftig zu Prüfzwecken patientenbezogen zentrale Datensammlungen anlegen dürfen. Das Arztgeheimnis würde hierdurch unterlaufen.

Falls sich die verantwortlichen Politiker der Bundestagsmehrheit von unseren Argumenten unbeeindruckt zeigen sollten, müssen wir auf ein Scheitern der Gesetzespläne im Bundesrat setzen. Das „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“ hat bereits im August die Landesregierung aufgefordert, die Gesundheitsreform 2000 im Bundesrat zu stoppen.

Die NRW-Regierung käme damit dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nach. Denn immerhin 94 Prozent der Menschen lehnen eine einseitig nach ökonomischen Kriterien festgelegte Ausgabenpolitik der Krankenkassen strikt ab, wie eine repräsentative Umfrage von „I+G Gesundheitsforschung“ im Auftrag des „Bündnis Gesundheit 2000“ ergab. Dies gibt Anlaß zur Hoffnung.

*Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Ärztekammer Nordrhein
und der Bundesärztekammer
Dr. Arnold Schüller
Vizepräsident der Ärztekammer
Nordrhein*